

Roche
Keine Sorgen wegen billiger Kopien **29**

Pasito-Fricker
Neuer Chef für den Schuhhändler **30**

Super Bowl
Wasserschlacht statt süsse Cola-Drinks **35**

Wirtschaft



Trumps Steuerpläne bedrohen Schweizer Exporte

Die USA wollen Firmen radikal anders besteuern – und mit einer Art Importabgabe belasten.

Von Charlotte Jacquemart



Viel Tatendrang in den ersten zwei Amtswochen: US-Präsident Donald Trump in seinem Büro. (Washington, 28. Januar 2017)

Wie schnell aus einem Freund ein Feind wird, erfuhr Deutschland diese Woche. US-Präsident Donald Trump attackierte unsere Nachbarn heftig. Grund des Ärgers: Deutschland exportiert mehr Güter in die USA als umgekehrt. Das sei nur möglich, weil Deutschland den Euro nach unten manipuliere, glaubt Trump.

Martin Eichler, Chefökonom der Basler Konjunkturforschungsstelle, schüttelt den Kopf über die Trumpsche Attacke. «Wenn schon, müsste der Angriff an die Adresse der Europäischen Zentralbank gehen.» Könnte sich Trump auch die Schweiz vorknöpfen? Theoretisch ja, meint Eichler. Nach Trumps Logik könnte unser Land gar ein noch «schlimmerer Sünder» sein. «Wir liefern für 17 Mrd. Fr. mehr Güter in die USA, als wir von dort beziehen, und unsere Nationalbank greift in der Tat stark in den Frankenkurs ein.»

Leicht anders schätzt Martin Naville, CEO der Swiss-American Chamber of Commerce, die Lage ein. Er bezeichnet vieles, was Trump zurzeit von sich gibt, als Nebelpech. «Zudem ist die Schweiz nicht Deutschland. Wir exportieren zwar ebenfalls mehr in die USA, als wir von dort importieren, doch aus Sicht der USA sind wir zu klein, um interessant zu sein.» Naville macht jenseits des Gepolters aus

Washington jedoch eine ganz andere Gefahr für Schweizer Unternehmen aus: Das neue Steuerregime, das die Republikanische Partei vorschlägt und das auf Papier bereits weit gediehen ist. Der Aktivismus des Weissen Hauses hat dazu geführt, dass diese Steuerpläne bis jetzt unter dem Radar geblieben sind.

Das neue Regime trägt den unschönen Namen Destination-Based Cash Flow Taxation (DBCFT) oder auch Border Adjustment Tax (BAT). Vereinfacht geht es darum, nicht mehr die Firmengewinne zu besteuern, sondern den Absatz in den USA. Heute zahlen US-Unternehmen 35% Steuern auf dem, was sie unter dem Strich verdienen. Neu sollen es 20% sein auf dem, was sie in den USA verkaufen. «Es ist quasi eine Mehrwertsteuer für Unternehmen», erklärt Naville.

Vom Umsatz abziehen dürfte man die Kosten, die zu Hause anfallen – nicht aber jene, die im Ausland anfallen. Gar nicht besteuert würden alle in den USA produzierten Güter,

KOF-Chef Jan-Egbert Sturm: «Alles, was wir hören, ist für eine offene, kleine Volkswirtschaft wie die unsere bedrohlich.»

die exportiert werden. Naville: «Im Endeffekt wirkt das System wie eine 20%-ige Importsteuer.» Für welche Schweizer Firmen hätte eine solche Systemumstellung negative Folgen? «Unternehmen, die keine Produktionsanlagen in den USA haben, träfe die Steuerumstellung stärker als jene, die in den USA vor Ort sind», sagt Naville. Schweizer Firmen sind in den USA mit rund 250 Mrd.\$ investiert – gleich viel wie Deutschland. Naville: «Relativ betrachtet, ist die Schweiz in den USA ein grosser Investor.»

Ökonomen tun sich schwer, konkrete Folgen des vorgeschlagenen US-Steuerregimes abzuschätzen. Martin Jetzer, Chefökonom von Bellecapital, versucht es. «BAT ist das Kernstück einer protektionistischen Aussenhandelspolitik. Die eigenen Exporte werden begünstigt, die Exporte anderer Länder benachteiligt.» Konsequenter umgesetzt, würde das neue Steuerregime die Schweiz treffen, glaubt Jetzer. «Käme es nur punktuell, stünden Schweizer Firmen gut da, weil viele hochspezialisierte Nischenprodukte über den Atlantik schicken, bei denen es keine ernsthafte US-Konkurrenz gibt.»

Jan-Egbert Sturm, Leiter der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, sorgt sich ebenfalls. «Alles, was wir hören, ist für eine offene, kleine Volkswirtschaft wie die unsere bedrohlich.» Sturm weist auf mögliche indirekte Folgen hin, die schwerwiegend sein

CH-USA-Handel

17 Mrd. Fr.

Die Schweiz exportiert mehr Güter in die USA, als sie von dort importiert. Der Handelsbilanzüberschuss betrug 2016 17 Mrd. Fr. Gegenüber der Welt sind es 37 Mrd. Fr.

könnten: «Wenn beispielsweise deutsche Autohersteller vermehrt in den USA produzieren statt in Deutschland, verlieren viele Schweizer Autozulieferer an Umsatz.» Quantifizieren könne man solche Dinge noch nicht, sagt Sturm. «Wir sind aber sicher exponiert, weil die Wertschöpfungskette der Schweizer Unternehmen sehr international ist.» Die «offizielle» Schweiz in Form des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) hält es für verfrüht, Kommentare abzugeben. Selbstredend gibt es auch in den USA Firmen, die sich gegen den republikanischen Vorschlag wehren. Unternehmen wie Walmart, die sehr viel importieren, laufen Sturm. Internationale Riesen wie GE oder Boeing, die sehr viel exportieren, sind dafür. Offen ist, ob die Welthandelsorganisation (WTO) das neue US-Steuersystem schlucken würde. Ein WTO-Sprecher in Genf sagt: «Es entspricht nicht unserer Praxis, über Steuerpläne unserer Mitglieder zu spekulieren.» Jedes WTO-Mitglied sei aber berechtigt, ein anderes Mitgliedland bei der WTO einzuklagen, falls es glaube, dass WTO-Regeln verletzt würden, führt der Sprecher aus.

Wichtig wird sein, wie Trump selbst zum Steuervorschlag seiner Partei steht. Äusserte er sich zu Beginn der Debatte noch zurückhaltend, hat Trump vor Wochenfrist laut Beobachtern zusammen mit seinen Beratern dem radikalen Umbau der Unternehmensbesteuerung die Tür geöffnet.

Warum Silicon Valley nervös wird

Weniger Visa für Hochqualifizierte

Es ist - wie vieles in den USA - eine für Laien nichtssagende Abkürzung: H1B. Doch die Unternehmer im kalifornischen Silicon Valley macht das Kürzel nervös: Es steht für 65 000 Visa, welche die USA jährlich in einer Lotterie an Firmen vergeben, die ausländische Fachkräfte rekrutieren wollen. Weitere 20 000 Visa gehen an ausländische Studienabgänger. Die grosse Mehrheit der H1B-Visa landet bei Tech-Firmen. Das Angebot an solchen Visa reicht nirgends hin: Die Nachfrage nach der Visum-Kategorie ist seit Jahren dreimal so hoch wie das Angebot. Die Lotterie für die

Diese Firmen kriegen am meisten Visa

Bezüger von H1B-Visa in den USA für ausländische Mitarbeiter 2016

Infosys	33 290
Tata Consultancy Services	16 550
IBM	13 600
Wipro	12 200
Accenture	9 600
Deloitte Consulting	7 610
HCL America	6 110
Tech Mahindra	6 040
Microsoft	4 580
Igate Technologies	4 550
Ernst & Young	4 160
Google	4 050

Quelle: 2016 H1B Visa Reports

H1B-Visa startet jeweils am 1. April des Jahres - und endet nach wenigen Tagen schon. Die Visa-Kategorie erlaubt es Ausländern, bis zu sechs Jahre in den USA zu arbeiten. H1B-Halter müssen Steuern zahlen, besitzen aber kein Recht auf irgendwelche Sozialleistungen.

Donald Trump hatte schon während des Wahlkampfes angekündigt, er werde «das H1B-Programm als eine Beschaffung von billigen ausländischen Arbeitskräften für immer beenden». Ende Januar hat er einen ersten Schritt in diese Richtung getan. Er hat seine Verwaltung angewiesen, Alternativen zum H1B-

Programm zu finden. Im Raum steht eine Beschränkung der H1B-Visa und/oder die Anforderung, solche nur noch für Löhne ab mindestens 130 000 \$ zu vergeben. Heute liegt die entsprechende Schwelle bei 60 000 \$.

Selbst in Kalifornien sind die Meinungen über die Visa-Kategorie gespalten. Denn viele dieser Visa gehen an indische Fachkräfte, die für eine bestimmte Zeit ins Silicon Valley kommen, um eine Tätigkeit zu erlernen. Später kehren sie in ihr Heimatland zurück, um dort ausgelagerte Dienstleistungen von US-Firmen zu erbringen. Das führe zu einem Jobverlust in

den USA, so die Kritiker. Der Kongressabgeordnete Zoe Lofgren hat vorgeschlagen, H1B nur noch an Arbeitgeber zu vergeben, die bereit sind, den Ausländern 200% des jeweiligen Lohnniveaus zu zahlen. Damit würde garantiert, dass nur Spezialisten im Ausland rekrutiert würden. Wie auch immer die H1B-Visa eingeschränkt oder reformiert werden: Erhalten US-Tech-Firmen die nötigen Fachkräfte für ihre Projekte nicht mehr, steigt der Anreiz, diese integral dorthin zu transferieren, wo sie das nötige Personal finden - ins Ausland. Charlotte Jacquemart